



## Inhaltsverzeichnis

### EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

08.11.2025	Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Hausmannskost und Herzlichkeit in der neuen Onkel-Ben's-Kantine	3
07.11.2025	SPIEGEL+: »Atommüll ist eine Aufgabe für Generationen«	4
09.11.2025	RUNDBLICK - Politikjournal für Niedersachsen: LBEG fordert Wenn wir die Endlagersuche überprüfen sollen, muss die BGE Daten liefern	7
10.11.2025	volksstimme.de (Magdeburger Volksstimme): Atommüll unterm Brocken? Welche Gebiete im Harz als geeignet für Endlager gelten	9
09.11.2025	Telepolis: Wo könnte das deutsche Atommüllendlager gebaut werden?	11

# Hausmannskost und Herzlichkeit in der neuen Onkel-Ben's-Kantine

Ben Arnold ist neuer Betreiber der EWN-Werkskantine in Lubmin / Alles mit Liebe zum Detail eingerichtet

VON CORNELIA MEERKATZ

**LUBMIN.** Solide Hausmannskost, leckeres Frühstück, deftige und süße Snacks und jede Menge Freundlichkeit: Das bietet seit Montag dieser Woche die neu eröffnete Werkskantine der EWN in Lubmin. Und nicht nur die Beschäftigten der Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH, sondern auch viele Arbeiter und Angestellte aus dem gesamten Industriegebiet Lubminer Heide nutzen das neue Angebot.

Ben Arnold, der acht Jahre lang in Wolgast auf dem Rathausplatz sein Herzenslädchen „Onkel Ben's“ betrieb und dort viele Stammkunden hatte, ist jetzt nach Lubmin gewechselt. Am 3. November eröffnete er die Werkskantine. Schon beim Betreten des Gebäudes direkt neben dem EWN-Eingang spürt man das besondere Flair, das die Kantine nun ausstrahlt.

So sind die Gäste erstaunt, dass sie nicht mehr der unpersönliche Charakter einer Werkskantine empfängt, sondern jeder Bereich mit viel Liebe zum Detail eingerichtet wurde. Daher wundert es auch nicht, dass zahlreiche Gäste immer wieder das Handy zücken, um die besonderen Ecken zu fotografieren.

„Das wirkt alles sehr einladend. Außerdem schmeckt das Essen großartig“, lobt EWN-Mitarbeiter Thorsten Weis. Ben Arnold freut das Lob. „Ich habe mir bei der Einrichtung der Kantine große Gedanken gemacht. Vieles vom Interieur aus dem Wolgaster Herzenslädchen konnte ich hier integrieren. Aber es sind auch neue Dinge, die ich bisher aus Platzgründen noch nicht öffentlich gezeigt habe, jetzt zu sehen“, berichtet er.

Egal ob alte DDR-Kochbücher, witzige Sprüche, alte Schreibmaschinen, Kaffeemühlen und Kaffeekannen, alte Koffer oder Fotos – für alles hat sich ein passender Ort gefunden. 140 Plätze hat die Kantine, die auch dank zahlreicher Raumteiler eine warme Atmosphäre ausstrahlt.

Die zehn Mitarbeiter, doppelt so viele wie in Wolgast, haben gut zu tun. Sie kochen Hausmannskost: Schnitzel, Bratwurst, Frikassee, gefüllte



Ben Arnold ist der neue Betreiber der EWN-Werkskantine in Lubmin, die auch für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Mit der Resonanz in der ersten Woche ist er sehr zufrieden. FOTOS: CORNELIA MEERKATZ



Tom Sylvester arbeitet in EWN. Er lobt das Essen sowie das neue Ambiente der Kantine gleichermaßen.



Maxi Dinse (l.), die seit Februar bei Ben Arnold arbeitet, und Susanne Kindt, die neu im Team ist, macht die Arbeit in der Werkskantine Spaß.



Henry Otto gehört zum Team von „Onkel Ben's“. Er freut sich, dass es bereits in der ersten Woche eine so gute Resonanz gab.

Paprikaschoten, Geschnetzeltes, Nudeln mit Jägerschnitzel und vieles mehr. Es gibt täglich wechselnden Mittagstisch und dazu neun feste Gerichte – die Dauerbrenner.

„Hausmannskost ist ehrliche Küche“, sagt Ben Arnold, der in der Großküche in Hamburg gelernt hat, aber auch Sternküche kennt. „Ich bin ein Handwerker“, gesteht er. Er liebe vielmehr den Kantencharakter, weil da der Chef neben dem Arbeiter in der Schlange steht und alle Appetit auf frisch gekochtes Essen haben. „Die Portion Herzlichkeit

gibt es immer gratis dazu“, sagt Ben und lacht.

Die ersten fünf Tage seien sehr gut gelaufen. Geöffnet ist die Kantine von 6 bis 14 Uhr. Und tatsächlich ist bereits der Frühstücksansturm bei „Onkel Ben's“ enorm. „Das konnten wir bisher nicht so, aber es freut uns sehr“, meint Ben.

Tom Sylvester, der beim



**Hausmannskost ist ehrliche Küche.**

**Ben Arnold**  
Betreiber der EWN-Werkskantine

EWN arbeitet, hat Essen und Frühstückservice bereits ausprobiert. „Super lecker. Und die Kantine ist so liebevoll gestaltet und hat jetzt Charme“, schwärmt er.

Henry Otto vom „Onkel Ben's“-Team ist ebenfalls sehr zufrieden mit der neuen Wirkungsstätte. „Wir haben in den ersten Tagen viel Lob bekommen. Moderne

Technik erleichtert zudem die Arbeit“, so sein Fazit, dem sich seine Kolleginnen Maxi Dinse und Susanne Kindt anschließen.

Riesig freut sich das gesamte Team auch, dass etliche Wolgaster Stammgäste mit umgezogen sind. Denn natürlich ist „Onkel Ben's“ auch in Lubmin für jedermann geöffnet.

Zudem können alle Gerichte auch zum Mitnehmen verpackt werden. „Daher wäre es schön, bald auch Tagesgäste aus Lubmin und den umliegenden Orten begrüßen zu können“, hofft Ben Arnold.

Wörter: 638  
Autor/-in: Cornelia Meerkatz  
tmt6ucz9qmkvqupiemfc16  
Seite: 10  
Ressort: Greifswald Lokales (GRWREST)  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe  
Auflage<sup>1</sup>: 5.876 (gedruckt)  
6.630 (verkauft)  
7.236 (verbreitet)  
Reichweite<sup>2</sup>: 0,03018 (in Mio)

<sup>1</sup>IVW 3/2025

<sup>2</sup>AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Nuklearexpertin über Endlager

## »Atommüll ist eine Aufgabe für Generationen«

Wann steht fest, wo Deutschland hochgradig radioaktive Abfälle einlagert? Frühestens 2046, sagt Julia Neles vom Öko-Institut Darmstadt. Eine Lagerstätte allein wird außerdem kaum ausreichen.

**SPIEGEL:** Mit enormem Aufwand sucht Deutschland einen Superstandort – aber niemand will diesen Wettbewerb gewinnen, denn es geht um ein Endlager für hochgradig radioaktiven Atommüll. Wann erfahren die Sieger, dass es sie getroffen hat?

**Neles:** Laut Gesetz soll die Entscheidung 2031 gefallen sein. Aber seit geraumer Zeit ist klar: Das wird nicht klappen. Wir haben uns das in einer Studie näher angeschaut und kommen zum Ergebnis: So wie die Prozesse in Deutschland sind, würde es bis zum Jahr 2074 dauern. Mindestens.

Die Ingenieurin Julia Neles ist stellvertretende Leiterin des Bereichs »Nukleartechnik und Anlagensicherheit« beim Öko-Institut Darmstadt. Mit Wurzeln in der Anti-Atomkraft-Bewegung betreibt es unabhängige Forschung zu den Grundlagen nachhaltiger Entwicklung und berät Kunden aus Wirtschaft und Politik.

**SPIEGEL:** Bis zum Beginn der Einlagerung?

**Neles:** Nein, nur bis entschieden wäre, wo das Endlager gebaut werden soll. Aber alle Beteiligten wissen, dass wir nicht so lange warten können. Die gefährlichen Abfälle, um deren Entsorgung es geht, altern rapide, was ungünstige Effekte nach sich zieht. Daher versucht man jetzt, Möglichkeiten auszuloten, um das Verfahren zu beschleunigen.

**SPIEGEL:** Wie?

**Neles:** Die BGE, die Bundesgesellschaft für Endlagerung, hat dafür bereits Vorschläge gemacht. Bislang war zum Beispiel geplant, dass im Rahmen der sogenannten untertägigen Erkundung an mindestens zwei Standorten eine Art Bergwerk gebaut werden muss, um dann anhand der Ergebnisse den besseren Standort auszuwählen. Der Aufwand dafür wäre gewaltig. Jetzt wird geprüft, ob sich die Untersuchung auch durch ein erweitertes Bohrprogramm und andere Detailerkundungen durchführen ließe. Eine solche Vorgehensweise hat beispielsweise die Schweiz gewählt.

**SPIEGEL:** Was ist dann Ihr Tipp für den wahrscheinlichen Tag der Entscheidung?

**Neles:** Das ist schwer vorhersehbar. Die BGE, die das Verfahren durchführt, plant: irgendwann um 2046. Danach könnte das formelle Genehmigungsverfahren beginnen. Der Bau des Endlagers und der oberirdischen Einrichtungen würde dann weitere 20 bis 35 Jahre dauern. Die Einlagerung in das Endlager braucht ebenfalls noch einmal 30 Jahre. Die insgesamt bis zu 1750 Castor-Behälter für hoch radioaktive Abfälle müssen geöffnet und in Endlagerbehälter umgepackt werden. Diese werden anschließend in die Einlagerungskammern eingebaut. Aber das war's dann, danach wird die Anlage auf ewig stillgelegt.

»Die Region Hannover ist noch im Rennen, ebenso Gebiete bei Heidelberg«

**SPIEGEL:** In dieser Woche klang das alles für Nachrichtenleser viel kurzfristiger. Am Montag hat die BGE wie schon letztes Jahr ihren neuen Sachstand bei der Suche nach dem Endlager vorgelegt. Das Ergebnis: Mehr als drei Viertel der deutschen Fläche ist bereits wegen Untauglichkeit ausgeschieden. Die Region Hannover aber zum Beispiel ist noch im Rennen, ebenso Gebiete bei Heidelberg, Halle an der Saale oder im Westen von Baden-Württemberg. Müssen die Menschen sich da jetzt Sorgen machen?

**Neles:** Ich halte es nicht für eine gute Idee, in Panik zu verfallen. In den nächsten Jahren werden weitere Prüfschritte durchgeführt, viele Regionen werden diese nicht bestehen. Aber klar ist doch auch: Uns allen muss an einem sicheren Endlager gelegen sein. Wir brauchen das für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Atommüll, der hier zwischen 1957 und 2023 in großen Mengen entstanden ist.

**SPIEGEL:** Heidelberg hat bereits wissen lassen, dass der Untergrund dort keineswegs für ein Endlager tauglich und die BGE die Stadt ausklammern soll.

**Neles:** Solche Meinungsäußerungen gibt es vom ersten Tag des Verfahrens an. Bayern hat die angebliche eigene Ungeeignetheit sogar in die Koalitionsverträge zwischen CSU und Freien Wählern aufgenommen. Aber wir leben nun mal in einem Staat, der sich dieser Entsorgungsaufgabe zu stellen hat. Es gibt Gesetze und beschlossene Verfahren, da kann sich keiner herausziehen.

**SPIEGEL:** Aber glauben Sie, dass es in Deutschland je Akzeptanz für Atommüll geben kann?

**Neles:** Das ist zumindest die Hoffnung. Man wird nie alle überzeugen können. Aber was wir erreichen können, ist, dass die künftigen Nachbarn eines Endlagers wissen, dass ihre Bedenken gehört und beachtet werden. Nicht alle Leute werden damit glücklich sein, das ist klar, aber sie sollten nachvollziehen können, warum das Endlager dort stehen muss, wo es stehen wird. Die Bürgerbeteiligung ist zentral bei der Suche nach einem Standort.

**SPIEGEL:** Wissenschaftliche Kriterien werden am Ende nicht den ultimativen, alternativlosen Superstandort ausweisen. Es dürfte vielmehr verschiedene mögliche Lager geben, jeweils mit eigenen Vor- und Nachteilen. Fürchten Sie, dass dann politische Argumente den Ausschlag geben?

**Neles:** Neben den geowissenschaftlichen Kriterien, die den Untergrund bewerten, wird es auch gesetzlich festgelegte planungswissenschaftliche Gesichtspunkte geben. Wenn man also mehrere gleich gute Standorte hat, spielen auch Dinge wie Abstand zur Wohnbebauung, Naturschutz oder Kulturdenkmäler eine Rolle. Ich sehe nicht die Gefahr, dass einer sagt: Ich bin der Bürgermeister mit der dickeren Hose, meine Argumente zählen mehr als die der anderen.

»Eine Million Jahre sind ein kurzer Zeitraum«

**SPIEGEL:** Wie kommt es, dass die bisherigen BGE-Analysen den Norden noch weitgehend ausgespart haben, während der Süden größtenteils schon untersucht worden ist und als möglicher Endlager-Standort bis auf einige Ausnahmeregionen nicht mehr infrage kommt?

**Neles:** Das hat mich auch überrascht. Ich denke, das passiert, wenn man mit vorläufigen Arbeitsergebnissen an die Öffentlichkeit geht. Teile der Arbeit sind eben noch nicht getan. Ausschlaggebend dafür war wohl, in welcher Reihenfolge die betreffenden Unterlagen

von den geologischen Landesämtern bei der BGE eingetroffen sind.

**SPIEGEL:** Der Müll soll in dem gesuchten Lager für eine Million Jahre sicher aufgehoben sein. Können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler überhaupt fundierte Aussagen treffen über eine solch langfristige Eignung eines Standorts? Sie machen ja nur punktuelle Untersuchungen.

**Neles:** Ja, das geht, weil wir auf die Geologie als Barriere abstellen. Eine Million Jahre sind in der Geologie ein kleiner Zeitraum. Die Salzstöcke, die wir als mögliche Endlagerstätten betrachten, sind zum Beispiel oft 250 Millionen Jahre alt. In unserer Lebenswelt hier oben an der Erdoberfläche sind das natürlich unvorstellbare Zeiträume.

**SPIEGEL:** In Finnland wird wohl schon nächstes Jahr das weltweit erste Endlager für hochgradig strahlenden Atommüll in Betrieb gehen. Proteste der Bevölkerung hat es dort kaum gegeben. Schweden baut ein solches Lager jetzt. Frankreich hat eines in Lothringen anvisiert, es soll etwa ab 2050 mit Müll beladen werden. Nirgendwo scheint das Thema so schwierig zu sein wie in Deutschland. Warum?

**Neles:** Der Konflikt zwischen Atombefürwortern und -gegnern war hierzulande immer stärker ausgeprägt als dort. Das wirkt sich weiterhin aus. In Deutschland haben wir uns auch wegen dieser Geschichte für ein eher aufwendiges Verfahren für die Endlager-suche entschieden, weil klar war: Das muss fair und ausbalanciert durchgeführt werden. Ausgangspunkt war die weiße Landkarte und nun wird wissenschaftsbasiert sukzessive eingeengt, bis wir nach Jahrzehnten den bestmöglichen Standort gefunden haben. Eine solche Vorgehensweise haben die genannten drei Länder nicht gewählt.

**SPIEGEL:** Wie ist man dort vorgegangen?

**Neles:** In Skandinavien galt eher ein Freiwilligkeitskonzept, das bei uns wahrscheinlich nie funktionieren würde. Dort sind es jeweils Standorte geworden, an denen schon Nuklearanla-

gen existieren. Aber auch dort braucht es viele Jahre, bis der jeweilige Standort gut genug untersucht und ein geeignetes Endlagerkonzept entwickelt ist.

Atommüll muss in Zwischenlagern bleiben

**SPIEGEL:** In Wahrheit wird in Deutschland nicht nur ein Endlager gesucht. Es muss parallel ein weiteres gefunden werden für schwach- und mittelradioaktiven Abfall. Der Schacht Konrad in Niedersachsen, der Anfang der 2030er Jahre in Betrieb gehen soll, ist bereits zu klein für all den Müll, der etwa beim Rückbau der Atomkraftwerke anfallen wird.

**Neles:** Das ist richtig. Dazu müssen die Abfälle aus dem havarierten Endlager Asse sowie weitere Abfallströme endgelagert werden. Es wird in der Tat überlegt, dass dieses dritte Endlager dort errichtet werden könnte, wo auch der Standort des Endlagers für hochradioaktiven Abfall ist. Das müsste aber zunächst gründlich untersucht werden. Auch hier dauert es noch viele Jahre bis zur Entscheidung.

**SPIEGEL:** Wenn vor 2080 kein Endlager bereitsteht für den am stärksten strahlenden Müll, dann muss dieser umso länger in den oberirdischen Zwischenlagern verbleiben. Ist das problematisch?

**Neles:** Das ist zumindest schwer vermittelbar. Diese Lager wurden ursprünglich nur für 40 Jahre genehmigt, insbesondere, um den Leuten vor Ort zu versichern, dass ihre Belastung zeitlich begrenzt ist. Man hat damals gedacht, dass es mit der Endlagerung in dieser Zeitspanne schon irgendwie klappen wird. Jetzt wird das nicht reichen und die Zwischenlager müssen neu genehmigt werden. Aber für welchen Zeitraum? Ich halte die Entscheidungsfindung in dieser wichtigen Frage für einigermassen intransparent.

**SPIEGEL:** Sie sprechen gelegentlich auch an Schulen über Endlager. Die Schüler, vor denen Sie dann stehen, werden Rentner sein, wenn der deutsche Atommüll tatsächlich von der Oberfläche verschwindet.

**Neles:** Und das ist etwas, was die junge Generation den Alten durchaus vorwerfen kann. Über Jahrzehnte ist das

Endlager-Problem völlig unterschätzt worden. Damit aber steht Deutschland wirklich nicht alleine da. Die Entsor-

gung von Atommüll ist überall eine Aufgabe für Generationen.

Wörter:	1.458	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Marco Evers	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Wissenschaft		
Rubrik:	Wissenschaft/Technik		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/atomenergie-nuklearexpertin-ueber-endlager-atommuell-ist->

# LBEG fordert Wenn wir die Endlagersuche überprüfen sollen, muss die BGE Daten liefern

Das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) übt Kritik an der Datenpolitik im Zusammenhang mit der Standortsuche für ein Atommüll-Endlager. Weil die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) keine georeferenzierten Daten herausgibt, könne das Landesamt das Auswahlverfahren gar nicht überprüfen, monierte Saleem Chaudry, der beim LBEG das Thema Endlagerung verantwortet. Er äußerte sich auf dem siebten niedersächsischen Begleitforum zur Endlagersuche, das am Donnerstag im Umweltministerium in Hannover veranstaltet wurde. Hätten die geologischen Dienste der Länder die Möglichkeit, parallel zum Auswahlverfahren die bereits abgeschlossenen Schritte zu prüfen, würde das viel Last von den später zu bildenden Regionalkonferenzen nehmen, meinte Chaudry. Johannes Müller, Leiter der LBEG-Abteilung für geologische Beratung, bekräftigte die Nöte der Behörde. „Wenn 2027 die Standortregionen genannt werden, müssen wir nicht nur den Betroffenen erklären, warum es ihre Region ist, sondern auch, warum es alle anderen nicht sind“, sagte er und führte aus, dass die Landesbehörde deshalb sämtliche Flächen, die von der BGE untersucht wurden oder noch werden, ebenfalls kontrollieren müsse. Könnte das LBEG bereits jetzt mit der Prüfung der für ungeeignet befundenen roten und gelben Flächen auf der Landkarte beginnen, hätte das ein enormes Beschleunigungspotenzial für das gesamte Verfahren, meinte Müller. Damit bringt das LBEG eine erhebliche Skepsis gegenüber der Arbeit der Bundesbehörden zum Ausdruck, die in Teilen der niedersächsischen Bevölkerung in Sachen Endlagersuche historisch begründet sein mag. Asta von Oppen (Grüne), erfahrene Endlager-Aktivistin aus Gorleben, sprang den LBEG-Vertretern zur Seite und forderte vehement: „Es muss für die geologischen Dienste der Länder Zwischeninformationen geben!“

Die BGE-Leitung reagierte verhalten auf den Einwurf aus Niedersachsen. Den Prüfauftrag für das Auswahlverfahren habe das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), erklärte BGE-Geschäftsführerin Iris Grafmunder in Hannover. So regelt es das Standortauswahlgesetz auf Bundesebene. Chaudry stützt seine Kritik jedoch auf die Landesregierung, die das Landesamt mit der entsprechenden Prüfung beauftragt habe. Wenig Verständnis für die öffentlich vorgetragene Kritik der niedersächsischen Behörde zeigte Lisa Seidel, Bereichsleiterin für die Standortauswahl bei der BGE. Die Bundesgesellschaft stehe schließlich mit keinem anderen Landesamt in so intensivem Austausch wie mit dem LBEG, sagte sie und bat darum, die Details eines möglichen Datenaustauschs in den bereits anberaumten Fachgesprächen zu besprechen – und nicht im öffentlich tagenden Endlager-Begleitforum. Zudem habe die BGE bisher ausschließlich auf Grundlage von Daten entschieden, die von Bundes- oder Landesbehörden stammen. In der ersten Phase des Auswahlprozesses hat die BGE noch gar keine eigenen Daten durch Erkundungen ermittelt. Die Kriterien, die Datenbasis und die Plausibilitätsprüfung seien also transparent, meinte sie. Vorgesehen sei im Gesetz allerdings lediglich, die Daten 2027 bereitzustellen. Das nun angepasste Verfahren, bei dem Zwischenergebnisse jährlich veröffentlicht werden, sei eine Abweichung vom eigentlichen Fahrplan, erklärte Seidel. Müssten nun nicht nur die Karten, sondern auch die Geodaten regelmäßig veröffentlicht werden, würde das die erste Phase des Auswahlverfahrens erheblich in die Länge ziehen.

Alle Beteiligten treibt unterdessen die Frage um, an welcher Stelle des Auswahlverfahrens eine Beschleunigung möglich sein kann. Denn seitens der BGE wurden bereits erhebliche Zweifel daran angemeldet, dass der ursprünglich vorgesehene Zeitplan eingehalten werden kann.

BGE-Chefin Grafmunder erklärte, dass in der ersten Phase, die bis 2027 laufen soll, das Tempo nicht erhöht werden könne. Sorgen bereitet den Verantwortlichen nun, wie es nach der Bekanntgabe der Standortregionen weitergehen kann. Nachdem der Deutsche Bundestag diese erste Auswahl beschlossen hat, folgt zuerst eine übertägige Erkundung, nach einer weiteren Eingrenzung durch einen Parlamentsbeschluss dann eine untertägige Erkundung. Nicht nur die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Parlament können zu Verzögerungen führen. Auch die vorgesehenen Beteiligungsverfahren in den betroffenen Regionen brauchen Zeit. Die Verantwortlichen auf allen Seiten setzen darauf, dass die jüngst veröffentlichten Karten zum Zwischenstand des Auswahlverfahrens die Betroffenheit in den Regionen erhöhen und somit eine Auseinandersetzung mit der Thematik beginnt. Asta von Oppen betonte allerdings mehrfach, dass die interessierte Öffentlichkeit unbedingt von fachkundigen und unabhängigen Wissenschaftlern unterstützt werden müsse. Von Oppen fordert, einen entsprechenden Expertenpool aufzubauen, der dann im Bedarfsfall von den Regionen angefordert werden kann. Weitere Beratungen dazu stehen beim vierten Forum Endlagersuche auf der Tagesordnung, das Ende kommender Woche in Hannover stattfindet.

Mehr zum Thema

[BGE schließt weitere Endlager-Standorte aus](#)

[3. Nov. 2025 · Notiz · Niklas Kleinwächter](#)

Niedersachsen bringt eigene Vorschläge zur Beschleunigung des Verfahrens in die Umweltministerkonferenz ein, die vom 12. bis 14. November in Saarbrücken tagt. Nach Rundblick-Inforna-

tionen wird Umweltminister Christian Meyer (Grüne) dazu raten, die Anzahl und Größe der Standortregionen so gering wie möglich zu halten, ohne die Fachlichkeit aus dem Blick zu verlieren. Zudem wird er vorschlagen, die ober-

und die untertägige Untersuchung der Regionen zusammenzulegen und dabei methodenoffen zu erkunden. Zu klären seien außerdem noch Betretungs- und Nutzungsrechte. Überlegt wird auch, ob auf den Bau eines Erkundungsberg-

werks verzichtet werden kann. Seitens der Partizipationsgruppen wird jedoch jeder Schritt, der Zeit und Kontrollschleifen abkürzt, kritisch betrachtet.

Wörter:	776	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Niklas Kleinwächter		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://rundblick-niedersachsen.de/lbeg-fordert-wenn-wir-die-endlagersuche-ueberpruefen-sollen-muss-die-bge-daten-liefern>

Hochradioaktive Abfälle

## Atommüll unterm Brocken? Welche Gebiete im Harz als geeignet für Endlager gelten

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll wird konkreter – der Harz ist ein geeigneter Kandidat, zeigen neue geologische Daten. Was das für die Region am Brocken bedeutet.

Landkreis Harz. - Nur noch ein Viertel Deutschlands kommt als Atommüll-Endlager in Frage. Darunter sind große Flächen im Harz.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat Anfang November neue Einschätzungen veröffentlicht zu 29 der 90 Teilgebiete für einen Standort, an dem hochradioaktive Abfälle unterirdisch für eine Million Jahre aufbewahrt werden sollen. Nach zwei von vier Prüfschritten zur Sicherheitsbewertung gelten große Teile eines 175-Quadratkilometer-Gebietes in der Region als geeignet: rund um den Brocken im Nationalpark Harz in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen sowie eine kleinere Fläche zwischen Thale und Harzgerode rund um Friedrichsbrunn.

**Bislang untersuchte BGE Größe und Dichte des Gebirges - im Harz mit Erfolg**  
Bislang untersuchten die BGE-Fachleute lediglich geologische Kriterien, berichtet eine Sprecherin des öffentlichen Unternehmens mit Sitz im niedersächsischen Peine auf Anfrage. Dabei ging es um die Quantität - sprich die Größe des Gebirgsbereiches - und die Qualität: also, ob das Gestein dicht genug ist, um die Radionuklide einzuschließen. „Einen Vergleich zwischen den Teilgebieten haben wir bislang nicht durchgeführt.“

Ein Standort für das Endlager müsse die festgeschriebenen Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen, geowissenschaftlichen Abwägungskriterien und die Sicherheitsanforderungen erfüllen. „Daneben gibt es planungswissenschaftliche Abwägungskriterien“, ergänzt die BGE-Sprecherin. „Es handelt sich hierbei um Nutzungsansprüche der Menschen an Erdoberfläche und Untergrund.“

### **Endlagersuche: Gesundheit, Umwelt, Kultur und Wirtschaft werden untersucht**

Die vier wichtigsten dieser Kriterien betreffen im weiteren Sinne die Gesundheit: „Da geht es um den Abstand zur Wohnbebauung, um Emissionen, die beim Menschen ankommen könnten, und um den Gewässerschutz vor allem mit Blick auf die Trinkwasserversorgung.“

In der zweitwichtigsten Gewichtungsgruppe spielten Umwelt und Kultur eine Rolle. Dazu gehören der Sprecherin zufolge Natur- und Denkmalschutz. Die dritte Kategorie dreht sich um „wirtschaftliche Nutzungskonflikte, etwa um Bergbau oder Geothermie“.

Diese Abwägungskriterien sind laut Standortauswahlgesetz jedoch nur in

zwei Fällen relevant - wenn auf Grundlage der geowissenschaftlichen Kriterien sowie der Ergebnisse der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen keine Einengung innerhalb von großen potenziell geeigneten Gebieten möglich ist oder zwei unter Sicherheitsaspekten gleichwertige Standorte verglichen werden. „Kurz gesagt: Die Geologie hat Vorfahrt vor der Raumordnung, weil die langfristige Sicherheit unter der Erde gewährleistet werden muss“, betont die Sprecherin.

### **Ende 2027 soll Vorschlag für übertägige Erkundung folgen - auch am Brocken?**

Die BGE will nach eigenen Angaben Ende 2027 Standortregionen für die Erkundung an der Erdoberfläche empfehlen. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) prüft diesen Vorschlag, beteiligt Wissenschaft und Öffentlichkeit. Der Bundestag entscheidet schließlich über die Endlager-Standortregionen.

Nach BASE-Angaben müssen in Deutschland rund 17.000 Tonnen Schwermetall endgelagert werden - 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle. Derzeit lagert der Atommüll in 16 oberirdischen Zwischenlagern.

Wörter:	406	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Holger Manigk	Visits (VpD) <sup>1</sup> :	505.953
Rubrik:	Nachrichten Wernigerode	Unique Users	22.000
Medienkanal:	ONLINE	(UUpD) <sup>2</sup> :	
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.volksstimme.de/lokal/wernigerode/atommull-unterm-brocken-welche-gebiete-im-harz-als-geeignet-fur-endlager-gelten-4145110>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 09-2025

<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Genügend Stellplätze für Castoren in den Zwischenlagern

## Wo könnte das deutsche Atommüllendlager gebaut werden?

Die Suche wurde auf 25 Prozent der Fläche eingegrenzt. Bayern wehrt sich, obwohl der Freistaat den meisten Atommüll produziert hat.

60 Jahre Kernkraftnutzung haben Deutschland zahlreiche Zuständigkeiten und 16 zentrale und dezentrale Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle hinterlassen.

Diese befinden sich hauptsächlich an den Standorten der ehemaligen Atomkraftwerke und dienen der vorläufigen Lagerung von bestrahlten Kernbrennstoffen und anderen hochradioaktiven Abfällen, bis ein Endlager gefunden und in Betrieb genommen wird.

Die meisten Zwischenlager werden von der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung ([BGZ](#)) betrieben.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung ([BASE](#)) ist für die Genehmigung der Zwischenlager verantwortlich. Die Aufsicht über den ordnungsgemäßen Betrieb nehmen die Behörden der betreffenden Bundesländer wahr.

Die GRS untersucht, bewertet und prognostiziert Phänomene, die sich bei der Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle auf die Sicherheit auswirken können. Angefangen bei der Frage, wie sich Kernbrennstoff in bestrahlten Brennelementen über viele Jahrzehnte verändert, bis hin zur [Sicherung](#) von Zwischenlagern gegen Anschläge und Sabotage.

Die GRS berät auch Bundesregierung und Landesbehörden zur Zwischenlage-

rung schwach-, mittel- und hochradioaktiver Abfälle.

Für die Endlagerung der Überbleibsel der Atomkraftnutzung ist Bundesgesellschaft für Endlagerung ([BGE](#)) zuständig, welche auch die Suche nach einem geeigneten Standort für ein Endlager betreibt. Die Aufsicht über die einzelnen Verfahrensschritte von den Zwischenlagern bis zur beabsichtigten Endlagerung wird zudem noch von den Aufsichtsbehörden der Länder vorgenommen, welche etwa die Maßnahmen innerhalb der Zwischenlagerungs-Anlagen überwachen.

Genehmigungsbehörde für Transporte von Atommüll ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Die Aufsicht über die genehmigten Transporte obliegt den zuständigen Behörden vor Ort.

### Genügend Stellplätze für Castoren in den Zwischenlagern

Durch den Ausstieg aus der Atomstrom-Produktion ist in Deutschland weniger Abfall entstanden als ursprünglich geplant. Daher dürften die vorgesehenen Stellplätze in den Zwischenlagern nicht vollständig belegt sein.

Zusätzlich zu den bisher in den deutschen Atomkraftwerken produzierten Abfällen kommen jedoch noch Behälter aus Großbritannien und Frankreich nach Deutschland zurück. Darin sind die Abfälle enthalten, die bei der Wiederaufarbeitung von bundesdeutschen

Brennelementen in Sellafield und La Hague entstanden sind. Dies umfassen rund 6.500 Tonnen, die Deutschland zur Aufarbeitung nach Frankreich und Großbritannien gegeben hatte.

Laut Bundesgesellschaft für Endlagerung lagern in den deutschen Zwischenlagern über 130.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle, wie die [BGE meldet](#), und bis zum Jahr 2080 sollen rund 10.500 Tonnen hochradioaktiver Abfälle aus Brennelementen dazu kommen.

### Bis heute gibt es in Deutschland kein betriebsbereites Endlager für hochradioaktive Abfälle

Das Aufkommen an schwach- und mittelradioaktiven Abfällen steigt beim anstehenden Rückbau der Kernkraftwerke stark an. Zu den heute rund 130.000 Kubikmetern werden bis zum Jahr 2060 noch einmal rund 170.000 Kubikmeter erwartet. Diese zusammen rund 300.000 Kubikmeter sollen später im [Endlager Konrad](#) eingelagert werden.

Was mit dem freigemessenen Bauschutt, der nach der Messung als nicht radioaktiv eingestuft wird, aus dem Abbruch der stillgelegten Kernkraftwerke geschieht, ist immer wieder Gegenstand von Einwänden durch Anlieger der jeweils ausgewählten Deponien. Da dies immer wieder vor Gericht verhandelt wird, ist schwer abschätzbar, ob zukünftig ein Gericht den freigemessenen Bauschutt dem Atommüll zuordnet

und die Deponiekosten deutlich erhöhen würde.

Für die hochradioaktiven Abfälle, die derzeit in Castoren mit einer Betriebserlaubnis von 40 Jahren in Zwischenlagern aufbewahrt werden, stellt diese Lagerung jedoch für Mensch und Umwelt auf lange Sicht keinen Schutz dar.

Bis Ende 2027 will die BGE daher konkrete Regionen für eine oberirdische Erkundung vorschlagen. Die Entscheidung über den endgültigen Standort liegt beim Bundestag und Bundesrat und soll bis spätestens im Jahr 2050 erfolgen, wenn die heutigen Entscheidungsträger alle in Rente oder verstorben sind.

Diese Woche veröffentlichte das BGE nun einen Zwischenbericht. Demnach konnte man die möglichen Gebiete für

ein Endlager auf etwa 25 Prozent der deutschen Fläche eingrenzen. Dabei wurden etwa Regionen in Niedersachsen, Bayern und das gesamte Bundesland Rheinland-Pfalz ausgeschlossen.

Nach wie vor kommen noch große Teile in Norddeutschland und einige Gebiete im Süden für ein Endlager infrage. Umweltminister Carsten Schneider kündigte für nächstes Jahr einen Gesetzentwurf zur Optimierung des Standortauswahl-Verfahrens an, um den Prozess zu beschleunigen.

#### **Die Standortsuche für das Endlager ist ein komplexer Prozess**

Das mehrfach novellierte Standortauswahlgesetz (StandAG) schreibt vor, dass der Endlagerstandort in Deutschland so auszuwählen ist, dass er Sicherheit für eine Million Jahre gewährleisten muss.

Als sicherste Option gilt dabei eine Lagerung tief unter der Erde.

Voraussetzung sind somit nicht nur mindestens 300 Meter Tiefe, sondern auch geeignete geologische Bedingungen. Aktuell ist der süddeutsche Raum schon weiter fortgeschritten in der Bearbeitung als der Norden. Dies führt besonders in der bayerischen Politik zu lautstarkem Widerstand, wo man darauf beharrt, dass man zwar den meisten Atommüll produziert hat, diesen jedoch nicht auf alle Zeiten auch unter dem Freistaat lagern will.

Neben der herausfordernden Standortsuche gilt es, die Akzeptanz der Öffentlichkeit zu gewinnen. Ob dies durch ein transparentes Verfahren und eine umfangreiche Einbeziehung der Bevölkerung in die Entscheidungen gelingen kann, ist jedoch fraglich.

Wörter: 770  
Autor/-in: Christoph Jehle  
Medienkanal: ONLINE  
Mediengattung: Online News  
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:  
Visits (VpD)<sup>1</sup>:

Einzelausgabe  
1.356.074

Weblink: <https://www.telepolis.de/article/Wo-koennte-das-deutsche-Atommuellendlager-gebaut-werden-11069391.html>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 09-2025